vom 29. Januar 1875 (Stand am 21. Oktober 2003)

I. Allgemeine Grundsätze

§ 1 Kanton Luzern als Bundesglied¹

¹ Der Kanton Luzern ist ein demokratischer Freistaat und als solcher, soweit die Kantonsouveränität durch die Bundesverfassung² nicht beschränkt wird, ein souveränes Bundesglied der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

² Die Souveränität beruht in der Gesamtheit des Volkes.

§ 2 Glaubens- und Gewissensfreiheit

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen werden nach Massgabe der Artikel 49–52 und 58 der Bundesverfassung³ gewährleistet.

§ 3 Schulen

¹ Der Kanton sorgt unter Beobachtung der Vorschriften des Artikels 27 der Bundesverfassung⁴ für den öffentlichen Unterricht.

² Die Leitung der öffentlichen Schulen steht ausschliesslich den Staatsbehörden zu.

³ Die Freiheit des Privatunterrichts wird unter Wahrung der gesetzlichen Aufsicht der Staatsbehörde über die Erreichung des Lehrziels der öffentlichen Primarschule grundsätzlich anerkannt.

⁴ Den Gemeinden wird die Wahl der Volksschullehrer gewährleistet.

Angenommen in der Volksabstimmung vom 28. Febr. 1875 (Gesetze, Dekrete und Verordnungen für den Kanton Luzern, GS VI 79 116). Gewährleistungsbeschluss vom 2. Juli 1875 (AS I 592; BBl 1875 III 271).

¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1224). In der gleichen Volksabstimmung wurden sämtliche Paragraphen mit Sachüberschriften versehen.

² SR 101

³ [BS I 3; AS 1985 1648]. Der genannten Bestimmung entsprechen heute die Art. 15, 19, 41, 62 und 63 der BV vom 18. April 1999 (SR 101).

⁴ SR 101

§ 4 Rechtsgleichheit

¹ Es gibt im Kanton Luzern keine Vorrechte, weder der Orte, noch der Geburt, der Personen oder Familien, sondern alle Bürger sind an politischen Rechten und vor dem Gesetze gleich.

² Jeder Bürger hat, wenn er die erforderlichen Eigenschaften besitzt, Zutritt zu allen Stellen und Ämtern.

§ 5 Persönliche Freiheit, Gewährleistung des ordentlichen Richters

¹ Die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind gewährleistet.

² Niemand darf gerichtlich verfolgt, verhaftet oder in Verhaft gehalten und keine Hausuntersuchung darf vorgenommen werden, ausser in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen und auf die vom Gesetze vorgeschriebene Weise.

³ ...⁵

⁴ Eine ungesetzliche Verhaftung gibt dem Betroffenen Anspruch auf volle Entschädigung.

⁵ Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

§ 6 Meinungs- und Pressefreiheit

¹ Die Freiheit der Meinungsäusserung in Wort und Schrift sowie die Freiheit der Presse ist gesichert. Der Richter bestraft den Missbrauch dieser Freiheit nach gesetzlicher Vorschrift⁶.

² Wegen eines Pressevergehens darf vor einem richterlichen Urteile keine Verhaftung vorgenommen werden, ausgenommen, wo es sich um ein Kriminalverbrechen handelt.

§ 7 Petitionsrecht

¹ Das freie Petitionsrecht ist gewährleistet.

² Jeder Einwohner, einzeln oder mit andern vereint, jede Gemeinde oder Korporation hat das Recht, den Behörden Wünsche, Anliegen oder Beschwerden schriftlich in anständiger Fassung einzureichen.

§ 8 Vereinsfreiheit

Die Verfassung garantiert die Befugnis der Einwohner, unter sich Vereine zu bilden, welche weder in ihren Zwecken noch in den dafür bestimmten Mitteln rechtswidrig oder staatsgefährlich sind.

⁵ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 7. Dez. 1958 (GS **XV** 440).

Gewährleistungsbeschluss vom 20. März 1959 (BB1 **1959** I 570 353).

⁶ Nunmehr nach StGB (SR **311.0**).

§ 9 Eigentumsgarantie

¹ Die Verfassung sichert die Unverletzlichkeit des Eigentums jeder Art für Private, Gemeinden und vom Staate anerkannte geistliche und weltliche Korporationen oder die gerechte und vorläufige Entschädigung für die Güter, deren Abtretung das öffentliche Interesse fordern sollte.

² Die Forderung der Entschädigung, wenn Sie streitig wird, ist Rechtssache.

§ 10 Handels- und Gewerbebefreiheit

Die Handels- und Gewerbebefreiheit ist anerkannt. Das Gesetz wird innert den Grenzen der Bundesverfassung⁷ diejenigen beschränkenden Bestimmungen festsetzen, welche das allgemeine Wohl erfordert.

§ 11⁸ Einkommens- und Vermögenssteuer

Einkommen und Vermögen sind nach den Bestimmungen der Gesetzgebung zu versteuern.

§ 12 Abschaffung der Feudallasten

¹ Die fortdauernde Loskäuflichkeit der Zehnten und Grundzinse ist gesichert.

² Der Noval- oder Neubruchzehnten von Rüti- oder Waldboden, wenn er nicht während der letzten zehn Jahre geleistet wurde, ist ohne Entschädigung aufgehoben. Das Gesetz bestimmt das Nähere.

³ Der Boden soll mit keiner nicht loskäuflichen Last, gemäss welcher der Grundeigentümer etwas leisten muss, belegt sein noch belegt werden.

§ 12^{bis 9} Beiträge an Güterstrassen, Förderung der Landwirtschaft

Für die Anlage öffentlicher Güterstrassen leistet der Kanton Beiträge; ebenso für Bodenverbesserungen und andere Bestrebungen zur Verbesserung des land- und alpwirtschaftlichen Betriebes, an welche der Bund Unterstützungen gewährt. Die Voraussetzungen, unter denen die Beiträge geleistet werden, sowie deren Höhe stellt ein Gesetz fest.

⁷ **SR 101**

⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 11. Jan. 1925, in Kraft seit 4. März 1925 (GS X 548 552). Gewährleistungsbeschluss vom 1. April 1925 (AS 41 234; BB1 1925 I 798).

⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 1. Juli 1906, in Kraft seit 27. Nov. 1906 (GS IX 1 5). Gewährleistungsbeschluss vom 13. April 1907 (AS 23 91; BB1 1906 VI 653).

§ 13¹⁰ Amtszwang

Wer durch unmittelbare Volkswahl mit der Bekleidung eines Amtes betraut wird, ist in der Regel verpflichtet, es mindestens für eine Amtsdauer anzunehmen.

§ 14¹¹

§ 15 Verbot ausländischer Titel, Orden und Pensionen

Kein Beamter darf bürgerliche oder militärische Stellen, Titel, Orden oder Pensionen von fremden Staaten ohne Bewilligung der obersten Landesbehörde annehmen (Art. 12 BV¹²).

§ 16¹³ Dienstverhältnis der Behördenmitglieder und des Personals im öffentlichen Dienst¹⁴

¹ Das Dienstverhältnis, die Rechte, die Pflichten und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Grossen Rates, des Regierungsrates, des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts sowie der andern Behörden und aller im Dienst der öffentlichen Gemeinwesen und ihrer Anstalten stehenden Personen werden, unter Vorbehalt der Verfassungsbestimmungen, im Gesetz geregelt.¹⁵

² Das Gesetz kann auch bestimmen, in welchem Alter die ihm unterstellten Personen in den Ruhestand zu treten haben.

§ 17 Unvereinbarkeit wegen Verwandtschaft und Schwägerschaft

¹ In einer richterlichen oder verwaltenden Behörde dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder sein: Ehegatten, Blutsverwandte in gerader Linie und in der Seitenlinie bis und mit dem dritten Grad; Stiefeltern und Stiefkinder, Adoptiveltern und Adoptivkinder, Schwiegereltern und Schwiegerkinder, Schwägerinnen und Schwäger, solange die Personen, durch welche die Schwägerschaft begründet wurde, am Leben sind.¹⁶

² Das gleiche ist zu beobachten zwischen Präsident und Schreiber einer solchen Behörde.

¹⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 22. Aug. 1948, in Kraft seit 19. Okt. 1948 (GS XIV 34 36). Gewährleistungsbeschluss vom 21. Dez. 1948 (AS 1948 1224; BBl 1948 III 1147).

¹¹ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 8. Juni 1997. Gewährleistungsbeschluss vom 15. Juni 1998 (BBl 1998 3597 Art. 1 Ziff. 1, 3).

¹² [BS 1 3]

¹³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 22. Aug. 1948, in Kraft seit 19. Okt. 1948 (GS XIV 34 36). Gewährleistungsbeschluss vom 21. Dez. 1948 (AS 1948 1224; BBl 1948 III 1147).

¹⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 8. Juni 1997. Gewährleistungsbeschluss vom 15. Juni 1998 (BBl 1998 3597 Art. 1 Ziff. 1, 3).

¹⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 8. Juni 1997. Gewährleistungsbeschluss vom 15. Juni 1998 (BBl 1998 3597 Art. 1 Ziff. 1, 3).

¹⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Okt. 1970, in Kraft seit 1. Jan. 1971. Gewährleistungsbeschluss vom 10. Juni 1971 (BBl 1971 I 1513 1344).

§ 18 Gewaltentrennung

¹ Die vollziehende und richterliche Gewalt dürfen nie vereinigt werden. Das Gesetz hat die Grenzen dieser Gewalten sorgfältig auszuscheiden.

² Bei Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und richterlichen Gewalt (Konflikten) entscheidet die gesetzgebende Gewalt.

§ 19 Wehrpflicht

Sämtliche im Kanton wohnenden Schweizer Bürger sind nach Massgabe der Verfassung und Gesetzgebung des Bundes wehrpflichtig.

§ 20 Vertretung in Rechtssachen, Schiedsgerichtsbarkeit

¹ Jedem Bürger ist freigestellt, seine Rechtssachen entweder persönlich zu verfechten oder deren Verfechtung nach Massgabe eidgenössischer oder kantonaler Gesetze andern zu übertragen.

² Kein Mitglied des Regierungsrates oder des Obergerichts darf die Rechtssachen anderer zum Verfechten übernehmen.

³ Schiedsrichterliche Urteile nach gesetzlichen Formen haben gleiche Rechtskraft wie die Urteile der richterlichen Behörden und werden wie diese Vollzogen.

§ 21 Gemeindebürgerrecht, Niederlassungsfreiheit

¹ Jeder Bürger des Kantons kann das Bürgerrecht in jeder andern Gemeinde nach gesetzlichen Bestimmungen an sich bringen; jedoch muss derjenige, der sich einbürgern will, bereits drei Jahre in der betreffenden Gemeinde gewohnt haben.

² Jeder Schweizer Bürger geniesst nach Massgabe der Bundesverfassung¹⁷ das Recht freier Niederlassung in jeder Gemeinde des Kantons.

§ 22 Kantonsbürgerrecht

¹ Vorbehältlich der Bestimmungen der Bundesgesetzgebung in betreff der Bürgerrechtserteilung an Ausländer (Art. 44 BV¹⁸) wird das Kantonsbürgerrecht an Nichtkantonsbürger nach gesetzlichen Bestimmungen erteilt.

² Das Ortsbürgerrecht bildet die Grundlage des Kantonsbürgerrechts. Niemand kann jedoch letzteres erlangen, ohne wenigstens drei Jahre im Kanton gewohnt zu haben.

¹⁷ SR 101

¹⁸ [AS 1984 290]. Der genannten Bestimmung entsprechen heute die Art. 37 und 38 der BV vom 18. April 1999 (SR 101).

§ 23¹⁹ Einteilung des Kantons

Der Kanton Luzern ist in fünf Ämter, in Gerichtsbezirke, Friedensrichterkreise und in Gemeinden eingeteilt.

§ 24²⁰ Hauptort des Kantons

Die Stadt Luzern ist der Hauptort des Kantons.

II. Stimmrecht²¹

§ 25²² Inhalt des Stimmrechts

Das Stimmrecht umfasst die Befugnis der stimmberechtigten Bürger, an Volkswahlen und Volksabstimmungen teilzunehmen, Volksbegehren zu unterzeichnen und, unter Vorbehalt besonderer Wählbarkeitsvoraussetzungen, vom Volke gewählt zu werden.

§ 26²³ Stimmfähigkeit

¹ Das Stimmrecht im Kanton und in den Gemeinden kann erlangen, wer stimmfähig ist.

² Stimmfähig sind Schweizerinnen und Schweizer, die das 18. Altersjahr vollendet haben und von der Stimmfähigkeit nicht ausgeschlossen sind.²⁴

³ Den Ausschluss von der Stimmfähigkeit ordnet das Gesetz.

§ 27²⁵ Stimmberechtigung im Kanton

Im Kanton ist stimmberechtigt, wer stimmfähig ist und im Kantonsgebiet seinen politischen Wohnsitz hat. Das Gesetz bestimmt, wie und bis zu welchem Zeitpunkt vor einer Wahl oder Abstimmung der politische Wohnsitz zu begründen ist.

¹⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 4. Jan. 1891, in Kraft seit 4. Febr. 1891 (GS VII 151 167). Gewährleistungsbeschluss vom 12. Juni 1891 (AS 12 127; BBl 1891 I 987).

²⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Nov. 1882, in Kraft seit 30. Nov. 1882 (GS VI 418 427). Gewährleistungsbeschluss vom 19. Dez. 1882 (AS 6 624; BBl 1882 IV 566).

²¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. I 224).

²² Angenommen in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970, in Kraft seit 1. Sept. 1970 (GS XVII 643). Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBl 1970 II 1648 1353).

²³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970, in Kraft seit 1. Sept. 1970 (GS XVII 643). Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBl 1970 II 1648 1353).

²⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1991. Gewährleistungsbeschluss vom 3. Okt. 1991 (BBl 1991 IV 200 Art. 1 Ziff. 1 III 1097).

²⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 6. Dez. 1987. Gewährleistungsbeschluss vom 21. Juni 1989 (BBl 1989 II 952 Art. 1 Ziff. 1, 1988 III 509).

§ 28²⁶ Stimmberechtigung in der Gemeinde²⁷

¹ In der Einwohnergemeinde ist stimmberechtigt, wer stimmfähig ist und im Gemeindegebiet seinen politischen Wohnsitz hat. Das Gesetz bestimmt, wie und bis zu welchem Zeitpunkt vor einer Wahl oder Abstimmung der politische Wohnsitz zu begründen ist.²⁸

² In den Bürger-, Korporations- und Kirchengemeinden steht das Stimmrecht den Gemeindeangehörigen zu, die gleichenorts in der Einwohnergemeinde stimmberechtigt sind.

³ Wenn jedoch die Bürgergemeinde Steuern erhebt, steht das Stimmrecht allen Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde zu, ausgenommen bei Volksabstimmungen über die Erteilung des Gemeindebürgerrechtes.

⁴ Für die Realkorporations- und Kirchengemeinden kann das Gesetz die Stimmberechtigung ausdehnen.

§ 29²⁹ Stimmregister

¹ Das Stimmrecht wird durch den Eintrag im Stimmregister nachgewiesen.

² Die Anlage und Bereinigung der Stimmregister ordnet das Gesetz.

§ 30 Demokratische Regierungsform

Das Souveräne Volk übt seine Souveränitätsrechte teils unmittelbar durch seine stimmberechtigten³⁰ Bürger selbst aus, teils überträgt es deren Ausübung seinen Stellvertretern.

²⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970, in Kraft seit 1. Sept. 1970 (GS **XVII** 643). Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBl **1970** II 1648 1353).

²⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 6. Dez. 1987. Gewährleistungsbeschluss vom 21. Juni 1989 (BBl **1989** II 952 Art. 1 Ziff. 1, **1988** III 509).

²⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 6. Dez. 1987. Gewährleistungsbeschluss vom 21. Juni 1989 (BBl **1989** II 952 Art. 1 Ziff. 1, **1988** III 509).

²⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970, in Kraft seit 1. Sept. 1970 (GS **XVII** 643). Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBl **1970** II 1648 1353).

³⁰ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBl **1970** II 1648 1353).

III. Revision der Staatsverfassung³¹

1. Grundsätze³²

§ 31³³ Zulässigkeit der Revision, obligatorisches Referendum

Die Verfassung kann auf dem Wege der nachfolgenden Bestimmungen revidiert werden, wenn die absolute Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger es verlangt.

2. Totalrevision³⁴

§ 32³⁵ Einleitung

¹ Die Totalrevision der Verfassung kann durch einen Beschluss des Grossen Rates oder durch eine Volksinitiative mit 5000 Unterschriften verlangt werden.

² Die Volksinitiative ist dem Grossen Rat zur Stellungnahme zu unterbreiten. Im übrigen wird das Verfahren der Initiative durch das Gesetz bestimmt.

³ Die Einleitung der Totalrevision ist dem Volk innert sechs Monaten seit dem Beschluss des Grossen Rates oder seiner Stellungnahme zur Volksinitiative zur Abstimmung zu unterbreiten.

§ 33³⁶ Verfahren

¹ Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat Botschaft und Entwurf einer neuen Verfassung zur zweimaligen Beratung vor.

² Er setzt zur Ausarbeitung von Botschaft und Entwurf einer neuen Verfassung eine Projektorganisation ein, welche die Vielgestaltigkeit des Kantons repräsentiert.

³ Der Entwurf ist nach den für den Grossen Rat geltenden Vorschriften zu beraten.

³¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

³² Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

³³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 4. Jan. 1891, in Kraft seit 4. Febr. 1891 (GS VII 151 167). Gewährleistungsbeschluss vom 12. Juni 1891 (AS 12 127: BB1 1891 I 987).

³⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

³⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 28. Nov. 1993. Gewährleistungsbeschluss vom 14. Dez. 1994 (BB1 1995 I 10 Art. 1 Ziff. 1; 1994 II 1377).

³⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 4. März 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 2001 (BB1 2001 6542 Art. 1 Ziff. 1 4879).

§ 34³⁷**§ 34**^{bis 38}**§ 34**^{ter 39} Volksabstimmungen

¹ Der Regierungsrat kann Volksabstimmungen über Grundsatzfragen mit oder ohne Varianten beschliessen. Er ist bei der weiteren Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs an die Abstimmungsergebnisse gebunden.

² Der vom Grossen Rat nach zweimaliger Beratung angenommene Entwurf der neuen Verfassung wird dem Volk unterbreitet. Er kann als Ganzes oder in Teilen, mit oder ohne Varianten zu einzelnen Bestimmungen, zur Abstimmung vorgelegt werden.

³ Lehnt das Volk den Entwurf der neuen Verfassung oder Entwürfe von Teilen ab, legt der Regierungsrat dem Grossen Rat einen abgeänderten Verfassungsentwurf zur Beratung vor. Der vom Grossen Rat nach zweimaliger Beratung angenommene Entwurf wird dem Volk unterbreitet. Wird dieser Entwurf, der als Ganzes, mit oder ohne Varianten zu einzelnen Bestimmungen, zur Abstimmung vorzulegen ist, vom Volk erneut abgelehnt, ist die Totalrevision der Verfassung gescheitert.

§ 35⁴⁰

³⁷ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 4. März 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 2001 (BB1 **2001** 6542 Art. 1 Ziff. 1 4879).

³⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 28. Nov. 1993. Gewährleistungsbeschluss vom 14. Dez. 1994 (BB1 **1995** I 10 Art. 1 Ziff. 1; **1994** II 1377). Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 4. März 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 2001 (BB1 **2001** 6542 Art. 1 Ziff. 1 4879).

³⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 4. März 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 2001 (BB1 **2001** 6542 Art. 1 Ziff. 1 4879).

⁴⁰ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 4. März 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 2001 (BB1 **2001** 6542 Art. 1 Ziff. 1 4879).

3. Teilrevision⁴¹

§ 35^{bis42} Volksinitiative auf Teilrevision

¹ Die Aufhebung oder Abänderung bestimmter Artikel der Verfassung oder die Aufstellung neuer Verfassungsbestimmungen kann auch auf dem Wege der Initiative erfolgen, wenn 5000 stimmberechtigte⁴³ Bürger beim Grossen Rat unterschriftlich⁴⁴ ein Begehren um Aufhebung oder Abänderung bestehender oder Aufstellung neuer Verfassungsbestimmungen stellen.

² Solche Begehren können in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes eingereicht werden.

³ Das Nähere bestimmt das Gesetz.

§ 36 Teilrevision durch den Grossen Rat

¹ Findet der Grosse Rat für zweckmässig oder notwendig, dass Veränderungen in der Verfassung vorgenommen werden, so kann er von sich aus in zweimaliger Beratung, von denen die zweite nicht vor Ablauf von zwei Monaten nach Vollendung der ersten angehoben werden darf, die einer Verbesserung zu unterwerfenden Artikel abändern, ist dann aber gehalten, die vorgenommenen Abänderungen dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen.

² Erhalten die vorgeschlagenen Abänderungen nicht die Stimmen der absoluten Mehrheit der in den Gemeindeversammlungen anwesenden stimmberechtigten⁴⁵ Bürger, so bleibt die Verfassung unverändert in Kraft.

⁴¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁴² Angenommen in der Volksabstimmung vom 1. Juli 1906, in Kraft seit 27. Nov. 1906 (GS **IX** 3 5). Gewährleistungsbeschluss vom 13. April 1907 (AS **23** 91; BB1 **1906** VI 653).

⁴³ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BB1 **1970** II 1648 1353).

⁴⁴ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 14. Sept. 1969 angenommen und trat am 1. Nov. 1969 in Kraft (GS **XVII** 511 551). Es ersetzt den Ausdruck «mit amtlich beglaubigter Unterschrift». Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 1969 (BB1 **1969** II 1542 1251).

⁴⁵ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BB1 **1970** II 1648 1353).

IV. Organisation des Kantons⁴⁶

1. Befugnisse der Stimmberechtigten⁴⁷

§ 37 Abstimmung über Änderungen der Bundesverfassung

¹ Jede Veränderung der Schweizerischen Bundesverfassung⁴⁸ muss dem souveränen Volke in den Gemeinden zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden.

² Das Ergebnis der dahergigen Abstimmung gilt zugleich als Standesstimme (Art. 121 BV⁴⁹).

§ 38 Mitwirkungsrechte des Kantons im Bund

¹ Die durch die Artikel 86, 89 und 93 der Bundesverfassung⁵⁰ den Kantonen eingeräumten Rechte (Verlangen einer Abstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, Verlangen einer ausserordentlichen Einberufung der Bundesversammlung und Vorschlagsrecht) können für den Kanton Luzern sowohl durch Beschluss des Grossen Rates als vom Volke direkt ausgeübt werden.

² Wenn wenigstens 4000 stimmberechtigte⁵¹ Bürger unterschriftlich⁵² beim Regierungsrat das Begehren um eine diesfällige Volksabstimmung stellen, so hat der Regierungsrat dieselbe anzuordnen.

³ Bezüglich dieser Abstimmung finden die Vorschriften des § 39 analoge Anwendung.

⁴⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBi **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁴⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBi **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁴⁸ SR **101**

⁴⁹ [BS **1** 3; AS **1977** 2231]. Der genannten Bestimmung entsprechen heute die Art. 136, 139, 140, 192 und 194 der BV vom 18. April 1999 (SR **101**).

⁵⁰ [BS **1** 3; AS **1977** 807 2228]. Den genannten Bestimmungen entsprechen heute die Art. 45, 136, 140, 141, 151 und 159 der BV vom 18. April 1999 (SR **101**). Im Zeitpunkt der Annahme dieser kantonalen Bestimmung waren in der damaligen Fassung des Art. 89 der alten BV die Dringlichkeitsbeschlüsse vom Referendum noch ausgenommen. In der Folge wurde die Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum und die Einschränkung der Anwendung der Dringlichkeitsklausel eingeführt.

⁵¹ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBi **1970** II 1648 1353).

⁵² Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 14. Sept. 1969 angenommen und trat am 1. Nov. 1969 in Kraft (GS **XVII** 511 551). Es ersetzt den Ausdruck «durch amtlich beglaubigte und gemeindeweise geordnete Unterschriften». Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 1969 (BBi **1969** II 1542 1251).

§ 39⁵³ Volksabstimmung über Gesetze und Konkordate

¹ Gesetze und Konkordate unterliegen der Volksabstimmung, wenn das fakultative Volksreferendum zustande kommt (§ 40) oder wenn der Grosse Rat die Vorlage von sich aus der Volksabstimmung unterstellt.

² Gesetze, welche freibestimmbare Ausgaben von mehr als 10 Millionen Franken zur Folge haben, unterliegen überdies der Volksabstimmung nach § 39^{bis} Absatz 1 *b* und *c*.

§ 39^{bis} 54 Volksabstimmung über Bewilligung von Ausgaben

¹ Beschlüsse des Grossen Rates, welche freibestimmbare Ausgaben für einen bestimmten Zweck bewilligen, unterliegen der Volksabstimmung:

- a.⁵⁵ bei einer Ausgabenhöhe von 3 bis 10 Millionen Franken, wenn das fakultative Referendum zustande kommt (§ 40) oder der Grosse Rat eine Volksabstimmung beschliesst;
- b.⁵⁶ bei einer Ausgabenhöhe von mehr als 10 bis höchstens 25 Millionen Franken, wenn das fakultative Volksreferendum zustande kommt (§ 40) oder mindestens 36 Mitglieder des Grossen Rates eine Volksabstimmung verlangen;
- c. bei einer Ausgabenhöhe von mehr als 25 Millionen Franken.⁵⁷

² Die massgebende Höhe einmaliger Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag des für einen bestimmten Zweck zu bewilligenden Kredites.

³ Bei wiederkehrenden Ausgaben ist der Gesamtbetrag der einzelnen Betreffnisse und, wenn sich dieser nicht feststellen lässt, der zehnfache Betrag einer Jahresausgabe massgebend.

⁴ Vorbehalten bleiben die besonderen gesetzlichen Bestimmungen für die Kantonsstrassen auf dem Gebiete der Stadt Luzern.⁵⁸

⁵³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁵⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 14. Sept. 1969, in Kraft seit 1. Nov. 1969 (GS XVII 528). Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 1969 (BBl 1969 II 1542 1251).

⁵⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BBl 1996 IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

⁵⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 27. Sept. 1998. Gewährleistungsbeschluss vom 10. Juni 1999 (BBl 1999 5181 Art. 1 Ziff. 1 2514).

⁵⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁵⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 27. Febr. 1983, in Kraft seit 1. Juli 1983. Gewährleistungsbeschluss vom 13. Dez. 1983 (BBl 1983 IV 593 Art. 1 Ziff. 1 245).

§ 40⁵⁹ Volksreferendum: Verfahrensvorschriften

¹ Das fakultative Volksreferendum kommt zustande, wenn mindestens 3000 Stimmberechtigte innert 60 Tagen seit Veröffentlichung der Vorlage beim Regierungsrat unterschriftlich eine Volksabstimmung verlangen.

² Die Volksabstimmung ist auf Anordnung des Regierungsrates durchzuführen, und zwar beim obligatorischen Volksreferendum innert Jahresfrist seit der abschliessenden Beschlussfassung des Grossen Rates und beim fakultativen Volksreferendum innert Jahresfrist seit Ablauf der Referendumsfrist.⁶⁰

³ Der Grosse Rat kann eine Vorlage für die Volksabstimmung durch besondern Beschluss aufteilen und über die einzelnen Teile am gleichen Abstimmungstag gesondert abstimmen lassen.

⁴ Zur Annahme der Vorlage bedarf es der absoluten Mehrheit der gültig Stimmentenden.

§ 41 Inkrafttreten referendumpflichtiger Vorlagen

Vor Ablauf der für das Verlangen einer Volksabstimmung verfassungsmässig eingeräumten Frist beziehungsweise vor Abhaltung der stattfindenden Abstimmung tritt kein Erlass des Grossen Rates der obbezeichneten Art in Kraft.

§ 41^{bis} 61 Gesetzesinitiative

¹ Das Gesetzgebungsrecht kann vom Volke unmittelbar auf dem Wege der Initiative ausgeübt werden. Die Ausübung dieses Rechtes erfolgt in der Weise, dass 4000 stimmberechtigte⁶² Bürger beim Grossen Rate unterschriftlich⁶³ ein Begehren um Erlass, Aufhebung oder Abänderung eines Gesetzes stellen.

² Solche Begehren können in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes eingereicht werden.

³ Das Nähere bestimmt ein zu erlassendes Gesetz.

⁵⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 14. Sept. 1969, in Kraft seit 1. Nov. 1969 (GS **XVII** 528). Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 1969 (BB1 **1969** II 1542 1251).

⁶⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁶¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 1. Juli 1906, in Kraft seit 27. Nov. 1906 (GS **IX** 2 5). Gewährleistungsbeschluss vom 13. April 1907 (AS **23** 91; BB1 **1906** VI 653).

⁶² Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BB1 **1970** II 1648 1353).

⁶³ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 14. Sept. 1969 angenommen und trat am 1. Nov. 1969 in Kraft (GS **XVII** 511 551). Es ersetzt den Ausdruck «mit amtlich beglaubigter Unterschrift». Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 1969 (BB1 **1969** II 1542 1251).

§ 42⁶⁴ Massgebendes Mehr bei Volksabstimmungen

Bei allen kantonalen Volksabstimmungen fallen für die Berechnung der absoluten Mehrheit der Stimmenden nur die gültigen Stimmzettel in Betracht. Im übrigen wird das Abstimmungsverfahren durch das Gesetz näher geregelt.

§ 43⁶⁵ Wahl des Grossen Rates

¹ Die Stimmberechtigten wählen im Verhältniswahlverfahren die ihren Wahlkreisen zugeteilten Mitglieder des Grossen Rates.

² Die Gesamterneuerung erfolgt alle vier Jahre.⁶⁶

³ Wahlkreise, Wahlverfahren und Wahltermin sind durch das Gesetz zu ordnen.⁶⁷

§ 44⁶⁸ Abberufung des Grossen Rates

¹ Das souveräne Volk kann den Grossen Rat auch vor Ablauf der Amtsdauer abberufen, wenn von einer ordentlichen Versammlung des Grossen Rates bis zur folgenden 5000 stimmberechtigten⁶⁹ Bürger unterschrieben⁷⁰ beim Regierungsrate das Begehren um eine Volksabstimmung über Abberufung des Grossen Rates stellen und in der hierauf binnen vier Wochen zu veranstaltenden Volksabstimmung die absolute Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger für die Abberufung sich ausspricht.

² Rücksichtlich dieser Abstimmung finden die Vorschriften über das Verfahren bei Totalrevisionsabstimmungen sinngemäss Anwendung.

³ Ist die Abberufung ausgesprochen, so sollen binnen vier Wochen gleichzeitig in allen Wahlkreisen des Kantons die Wahlen in den neuen Grossen Rat stattfinden.⁷¹

⁶⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 14. Juni 1925, in Kraft seit 2. Dez 1925 (GS X 587 589). Gewährleistungsbeschluss vom 22. April 1926 (AS 42 228; BBl 1926 I 505).

⁶⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁶⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994. Gewährleistungsbeschluss vom 14. März 1996 (BBl 1996 I 1357, 1995 III 1413).

⁶⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994. Gewährleistungsbeschluss vom 14. März 1996 (BBl 1996 I 1357, 1995 III 1413).

⁶⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 4. Jan. 1891, in Kraft seit 4. Febr. 1891 (GS VII 151 167). Gewährleistungsbeschluss vom 22. Juni 1891 (AS 12 127; BBl 1891 I 987).

⁶⁹ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBl 1970 II 1648 1353).

⁷⁰ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 14. Sept. 1969 angenommen und trat am 1. Nov. 1969 in Kraft (GS XVII 511 551). Es ersetzt den Ausdruck «durch amtlich beglaubigte und gemeindeweise geordnet Unterschriften». Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 1969 (BBl 1969 II 1542 1251).

⁷¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 8. Jan. 1905, in Kraft seit 25. Jan. 1905 (GS VIII 436 439). Gewährleistungsbeschluss vom 31. März 1905 (AS 21 297; BBl 1905 II 808).

⁴ Der neugewählte Grosse Rat hat die Amtsdauer der abtretenden Behörde zu vollenden.⁷²

§ 44^{bis73} Wahl und Ständeräte

¹ Die in kantonale Angelegenheiten Stimmberechtigten wählen jeweils an dem gleichen Tage, an welchem die Neuwahl des schweizerischen Nationalrates stattfindet, erstmals im Jahre 1905, die zwei Mitglieder, welche der Kanton Luzern in den Ständerat abzuordnen hat.

² ...⁷⁴

2. Grosser Rat⁷⁵

a. Zusammensetzung des Grossen Rates⁷⁶

§ 45⁷⁷ Zahl der Mitglieder, Verteilung auf die Wahlkreise

¹ Der Grosse Rat besteht aus 120 Mitgliedern, die den Wahlkreisen im Verhältnis ihrer schweizerischen Wohnbevölkerung zugeteilt werden.⁷⁸

² Zur schweizerischen Wohnbevölkerung gehören alle Schweizer Bürger, die nach kantonalem Recht als Niedergelassene in einer Gemeinde des Kantons angemeldet sind.⁷⁹

³ Der Grosse Rat stellt jeweils aufgrund der kantonalen Bevölkerungsstatistik fest, wie viele Sitze den einzelnen Wahlkreisen zufallen. Stichtag ist der 1. Januar des Jahres vor dem Wahljahr.⁸⁰

⁷² Angenommen in der Volksabstimmung vom 8. Jan. 1905, in Kraft seit 25. Jan. 1905 (GS VIII 436 439). Gewährleistungsbeschluss vom 31. März 1905 (AS 21 297; BBl 1905 II 808).

⁷³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 8. Jan. 1905, in Kraft seit 25. Jan. 1905 (GS VIII 436 439). Gewährleistungsbeschluss vom 31. März 1905 (AS 21 297; BBl 1905 II 808).

⁷⁴ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 7. Dez. 1958 (GS XV 440). Gewährleistungsbeschluss vom 20. März 1959 (BBl 1959 I 570 353).

⁷⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁷⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁷⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁷⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 27. Sept. 1998. Gewährleistungsbeschluss vom 10. Juni 1999 (BBl 1999 5181 Art. 1 Ziff. 1 2514).

⁷⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 2. Dez. 1990. Gewährleistungsbeschluss vom 3. Okt. 1991 (BBl 1991 IV 198 Art. 1 Ziff. 1 II 1593).

⁸⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 2. Dez. 1990. Gewährleistungsbeschluss vom 3. Okt. 1991 (BBl 1991 IV 198 Art. 1 Ziff. 1 II 1593).

§ 46⁸¹ Wahlfähigkeit

Als Mitglied des Grossen Rates ist wählbar, wer in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt ist.

b. Zuständigkeit des Grossen Rates⁸²

§ 47⁸³ Begriff und Gegenstand der Rechtsetzung

Die Rechte und Pflichten der natürlichen und juristischen Personen, die Organisation der Gemeinwesen, das Verfahren vor den Behörden und die Ausübung des Stimmrechts sind durch allgemein gefasste Vorschriften (Rechtssätze) zu ordnen.

§ 48⁸⁴ Verfassungsänderungen und Gesetze

¹ Der Grosse Rat erlässt unter Vorbehalt der Verordnungsbefugnisse die kantonalen Rechtssätze in Form von Verfassungsänderungen oder Gesetzen.

² Verfassungsänderungen und Gesetze sind zweimal zu beraten.

§ 49⁸⁵ Vorbehalt des Ordnungsrechts

¹ Zum Ordnungsrecht gehören alle Rechtssätze, die nicht dem obligatorischen oder fakultativen Volksreferendum unterstehen.

² Der Grosse Rat kann in den Bereichen Organisation, Personalwesen, Entschädigungen sowie Gebühren Ordnungsrecht erlassen, wenn ihn ein Gesetz dazu ermächtigt.⁸⁶

³ Durch Gesetz kann der Grosse Rat auch dem Regierungsrat, dem Erziehungsrat, dem Obergericht und dem Verwaltungsgericht für bestimmte Gegenstände ihres Zuständigkeitsbereiches Verordnungsbefugnisse einräumen. Vorbehalten bleibt ferner die Befugnis des Regierungsrates zum Erlass von Vollzugsverordnungen.

⁸¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁸² Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁸³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁸⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁸⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁸⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 1996 IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

§ 50⁸⁷ Konkordate

Der Grosse Rat beschliesst mit Dekret sowohl den Beitritt zu Konkordaten als auch den Austritt, soweit nicht der Regierungsrat durch Gesetz oder Dekret als zuständig erklärt wird.

§ 51⁸⁸ Wahlgeschäfte

Der Grosse Rat wählt:

- a. seinen Präsidenten und die übrigen Mitglieder des Büros für die durch das Gesetz zu bestimmende Amtsdauer;
- b. die Behördemitglieder und Beamten, deren Wahl ihm nach Verfassung oder Gesetz zusteht.

§ 52⁸⁹ Finanz- und Grundstückgeschäfte

Der Grosse Rat ist zuständig für die folgenden Finanz- und Grundstückgeschäfte:

- a. jährliche Festsetzung des Voranschlages und des Steuerfusses;
- b. Bewilligung von freibestimmbaren Ausgaben, welche die vom Gesetz zu bestimmende Ausgabenbefugnis des Regierungsrates übersteigen;
- c. Abnahme der jährlich vorzulegenden Staatsrechnung und der Abrechnungen über Ausgaben für Bauten, die ausserhalb des Voranschlages bewilligt wurden;
- d. Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von Anleihen und Darlehen;
- e. Genehmigung von Bürgschaftserklärungen des Staates, wenn die vom Staat einzugehenden Verpflichtungen einen vom Gesetz zu bestimmenden Betrag übersteigen;
- f. Genehmigung von Rechtsgeschäften über den entgeltlichen Erwerb und die Veräusserung von Grundstücken durch den Staat, wenn der Vertragswert einen durch das Gesetz zu bestimmenden Betrag übersteigt.

⁸⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BBl **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

⁸⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁸⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

§ 52^{bis 90} Ausgleich des Finanzhaushalts

¹ Der Finanzhaushalt des Kantons (Laufende Rechnung) ist ohne Aufwandüberschüsse zu gestalten. Allfällige Bilanzfehlbeträge sind innert vier bis acht Jahren abzutragen.

² Unter Beachtung von Artikel 100 der Bundesverfassung⁹¹ ist bei der Einnahmen- und Ausgabenpolitik die Konjunkturlage zu berücksichtigen.

³ Die Gesetzgebung regelt das Nähere.

§ 53⁹² Planungsbeschlüsse

¹ Der Grosse Rat behandelt die Planungsvorlagen, die ihm der Regierungsrat gemäss Auftrag oder aus eigener Initiative vorlegt.

² Gegenstand der Planungsvorlagen ist die staatliche Tätigkeit im gesamten oder in einzelnen Aufgabenbereichen.

³ Bei der Behandlung von Planungsvorlagen kann der Grosse Rat dem Regierungsrat Weisungen für die weitere Planung und Aufträge nach § 61 Absatz 3 erteilen.

§ 54⁹³ Oberaufsicht

¹ Der Grosse Rat führt die Oberaufsicht über die Staatsverwaltung und den Geschäftsgang in der Rechtspflege.

² Der Grosse Rat behandelt namentlich die periodischen Rechenschaftsberichte des Regierungsrates, des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts sowie die Berichte, die er sich von diesen Behörden nach Bedarf auch in der Zwischenzeit über bestimmte Gegenstände ihrer Geschäftsführung vorlegen lässt.

³ Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat auf Anfrage einzelner Mitglieder über Gegenstände seiner Geschäftsführung Auskunft zu erteilen.

⁴ Der Grosse Rat ist auf Grund seiner Oberaufsicht nicht befugt, in den Zuständigkeitsbereich der beaufsichtigten Behörden einzugreifen.

⁹⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 26. Nov. 2000. Gewährleistungsbeschluss vom 11. Dez. 2001 (BB1 **2001** 6542 Art. 1 Ziff. 1 4882).

⁹¹ SR **101**

⁹² Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224)

⁹³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

§ 55⁹⁴ Weitere Geschäfte

Der Grosse Rat ist ferner zuständig für die folgenden Geschäfte:

- a. Behandlung der parlamentarischen Vorstösse seiner Mitglieder;
- b. Begnadigungen und Amnestien;
- c. Behandlung von Petitionen;
- d. weitere Geschäfte, welche Verfassung oder Gesetz ihm übertragen.

§ 56⁹⁵ Delegationsverbot

Der Grosse Rat darf seine verfassungsmässigen Befugnisse an keine andern Behörden übertragen.

c. Organisation und Verfahren⁹⁶**§ 57⁹⁷** Gesetz und Geschäftsordnung

¹ Die Organisation des Grossen Rates und seine Befugnisse sowie die Mitwirkung des Regierungsrates, der obersten Gerichtsbehörden und der kantonalen Verwaltung im Grossen Rat sind durch das Gesetz zu ordnen.⁹⁸

² Das Beratungsverfahren und die andern ratsinternen Belange kann der Grosse Rat durch eine Geschäftsordnung regeln.

§ 58⁹⁹ Konstituierung

¹ Nach den Neuwahlen treten die Mitglieder des neugewählten Grossen Rates auf Einladung des Regierungsrates vor Ende Juni zur konstituierenden Sitzung zusammen.

² Die Amtsdauer des abtretenden Grossen Rates endet, sobald der neugewählte konstituiert ist.

⁹⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁹⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁹⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁹⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

⁹⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 1996 IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

⁹⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

³ Werden die Neuwahlen einzelner Wahlkreise aufgehoben, so haben die bisherigen Mitglieder der betroffenen Wahlkreise im neugewählten Grossen Rat mitzuwirken, bis die Neuwahlen in ihren Wahlkreisen genehmigt sind.

§ 59¹⁰⁰ Öffentlichkeit der Sitzungen

¹ Die Sitzungen des Grossen Rates sind öffentlich.

² Der Grosse Rat kann jedoch aus wichtigen Gründen die geheime Beratung bestimmter Geschäfte beschliessen.

§ 60¹⁰¹ Einzelinitiative der Ratsmitglieder

¹ Die Mitglieder und Kommissionen sind befugt, dem Grossen Rat Entwürfe zu Verfassungsänderungen, Gesetzen und andern Beschlüssen vorzulegen.

² Solche Geschäfte dürfen erst behandelt werden, wenn der Regierungsrat Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme erhalten hat.

d. Mitwirkung des Regierungsrates¹⁰²

§ 61¹⁰³ Rechte und Pflichten gegenüber dem Grossen Rat

¹ Der Regierungsrat ist befugt, dem Grossen Rat Geschäfte zur Behandlung vorzulegen.

² Die Mitglieder des Regierungsrates haben an den Sitzungen des Grossen Rates und seiner Kommissionen beratende Stimme und Antragsrecht.

³ Der Grosse Rat kann dem Regierungsrat den verbindlichen Auftrag erteilen:

- a. Botschaft und Entwurf zu einer Verfassungsänderung, einem Gesetz oder einem andern Beschluss des Grossen Rates vorzulegen;
- b. einen Gegenstand aus dem Geschäftsbereich des Grossen Rates oder des Regierungsrates zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

¹⁰⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁰¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁰² Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁰³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

§ 62¹⁰⁴**3. Verwaltungsbehörden**¹⁰⁵**a. Regierungsrat**¹⁰⁶**§ 63**¹⁰⁷ Stellung und Zusammensetzung

¹ Der Regierungsrat ist die oberste leitende und vollziehende Behörde des Kantons.

² Er besteht aus fünf Mitgliedern.¹⁰⁸

§ 64¹⁰⁹ Wahl

¹ Als Mitglied des Regierungsrates ist wählbar, wer in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt ist.

² Die in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten wählen den Regierungsrat im Mehrheitswahlverfahren.

³ Die Gesamterneuerungswahlen finden gleichzeitig mit der Neuwahl des Grossen Rates für eine Amtsdauer von vier Jahren statt. Der neugewählte Regierungsrat tritt sein Amt am 1. Juli nach der Wahl an.

⁴ Das Nähere regelt das Gesetz.

§ 65¹¹⁰ Unvereinbarkeit

¹ Die Mitglieder des Regierungsrates dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder des Grossen Rates oder einer gerichtlichen Behörde sein.

² Es dürfen nicht mehr als zwei Mitglieder des Regierungsrates der Bundesversammlung angehören.

¹⁰⁴ Aufgehoben der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976 (GS **1976** 239).

Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁰⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁰⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁰⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹⁰⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 22. Sept. 2002. Gewährleistungsbeschluss vom 24. Sept. 2003 (BB1 **2003** 6875 Art. 1 Ziff. 2 3388).

¹⁰⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹¹⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

§ 66¹¹¹§ 67¹¹² Regierungstätigkeit

Der Regierungsrat

- a. beurteilt die für den Kanton und die Regionen bedeutsamen Entwicklungen und trifft die erforderlichen Vorkehren,
- b. bestimmt im Rahmen der Rechtsordnung die wesentlichen Ziele und Mittel des staatlichen Handelns,
- c. setzt für seine Tätigkeiten Schwerpunkte,
- d. koordiniert die staatlichen Tätigkeiten,
- e. vertritt den Kanton nach innen und aussen,
- f. pflegt die Beziehungen mit den Behörden des Bundes und anderer Kantone und macht namentlich bei der Erarbeitung von Lösungen in Bundesangelegenheiten seinen Einfluss geltend,
- g. pflegt die Beziehungen mit den Behörden der Luzerner Gemeinden,
- h. informiert die Öffentlichkeit über die staatlichen Ziele und Tätigkeiten.

§ 67^{bis113} Rechtsetzung

¹ Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat Entwürfe zu Verfassungsänderungen, Gesetzen, Dekreten und Grossratsbeschlüssen vor.

² Er erlässt die Vollzugsverordnungen zu eidgenössischem und kantonalem Recht.

³ Er kann in Fällen zeitlicher Dringlichkeit gesetzesvertretende Verordnungen zur Einführung übergeordneten Rechts erlassen. Diese sind innert zweier Jahre in das ordentliche Recht zu überführen.

⁴ Er kann die notwendigen Verordnungen erlassen, um ausserordentlichen Lagen, wie unmittelbar drohenden erheblichen Störungen der öffentlichen Sicherheit oder sozialen Notständen, zu begegnen. Diese Verordnungen fallen spätestens zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten dahin.

§ 67^{ter114} Leitung der Verwaltung

¹ Der Regierungsrat leitet die kantonale Verwaltung.

² Er sorgt für eine rechtmässige, bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung und für deren zweckmässige Organisation im Rahmen von Verfassung und Gesetz.

¹¹¹ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 1996 IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹¹² Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 1996 IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹¹³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 1996 IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹¹⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 1996 IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

§ 67^{quater}115 Weitere Aufgaben

¹ Der Regierungsrat entscheidet im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeiten über Beschwerden.

² Er schliesst im Rahmen seiner Zuständigkeit Verwaltungsvereinbarungen und Konkordate ab.

³ Weitere Aufgaben können ihm durch Gesetz übertragen werden.

§ 67^{quinquies}116 Organisation und Verfahren

¹ Der Regierungsrat fasst seine Beschlüsse gemeinsam.

² Den Vorsitz im Regierungsrat führt der Schultheiss. Die Stellvertretung obliegt dem Statthalter. Sie werden vom Grossen Rat auf eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt.

³ Das Nähere regelt das Gesetz.

b. Kantonale Verwaltung¹¹⁷**§ 68¹¹⁸** Departemente

Die kantonale Verwaltung wird in Departemente gegliedert.

§ 68^{ter}119 Weitere Verwaltungsorgane

Verwaltungsaufgaben des Kantons können selbständigen Anstalten, interkantonalen oder interkommunalen Organisationen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen übertragen werden. Es können auch privatrechtliche Organisationen mit der Erfüllung solcher Aufgaben betraut werden, sofern die Aufsicht des Regierungsrates sichergestellt ist.

§ 68^{quater}120 Organisation und Verfahren

Das Gesetz regelt das Nähere über die Organisation der kantonalen Verwaltung und das Verwaltungsverfahren.

¹¹⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BBl **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹¹⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BBl **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹¹⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BBl **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹¹⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BBl **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹¹⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BBl **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹²⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BBl **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

§ 69¹²¹

c. Erziehungsrat¹²²

§ 70–71¹²³

...¹²⁴

§ 72¹²⁵

4. Richterliche Behörden¹²⁶

a. Obergericht¹²⁷

§ 73¹²⁸ Aufgaben und Befugnisse

¹ Das Obergericht ist die oberste kantonale Gerichts- und Aufsichtsbehörde in der Zivil- und Strafrechtspflege.

² Über den Geschäftsgang in der Zivil- und Strafrechtspflege erstattet das Obergericht dem Grossen Rat nach § 54 Absatz 2 der Staatsverfassung Bericht.

¹²¹ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹²² Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹²³ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹²⁴ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹²⁵ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995. Gewährleistungsbeschluss vom 16. Sept. 1996 (BB1 **1996** IV 864 Art. 1 Ziff. 2, I 1301).

¹²⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹²⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹²⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

§ 74¹²⁹ Wahl und Wählbarkeit

¹ Die Mitglieder und Ersatzleute des Obergerichts werden vom Grossen Rat gewählt.

² Wählbar ist, wer in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt ist.

§ 75¹³⁰ Unvereinbarkeit, Zugehörigkeit zur Bundesversammlung

¹ Die Mitglieder des Obergerichts können dem Grossen Rat sowie Behörden, die der Aufsicht des Obergerichts unterstehen, nicht angehören. Sie dürfen keine andere hauptberufliche Tätigkeit ausüben.

² Der Schweizerischen Bundesversammlung dürfen nicht mehr als zwei Mitglieder des Obergerichts angehören.

§ 76¹³¹ Präsident und Vizepräsident

¹ Aus den Mitgliedern des Obergerichts wählt der Grosse Rat für eine Amtsdauer von zwei Jahren den Präsidenten und den Vizepräsidenten.

² Wiederwahl ist zulässig.

§ 77¹³² Geschäftsordnung

Das Obergericht gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Grossen Rates bedarf.

§ 78 Öffentlichkeit der Verhandlungen

¹ Die Parteiverhandlungen vor dem Obergerichte sowie vor allen richterlichen Behörden sind in der Regel öffentlich.

² Die Ausnahmen hat das Gesetz zu bestimmen.

³ Ob und inwieweit auch die Beratung und Abstimmung öffentlich sein sollen, bleibt dem Gesetze zu bestimmen überlassen.

¹²⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹³⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹³¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹³² Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

b. Kriminalgericht¹³³**§ 79**¹³⁴ Aufgaben und Befugnisse

Das Kriminalgericht beurteilt erstinstanzlich alle Straffälle, die das Gesetz ihm zuweist.

§ 80¹³⁵ Wahl und Wählbarkeit

¹ Der Grosse Rat wählt die Mitglieder und Ersatzleute des Kriminalgerichts und aus dessen Mitgliedern den Präsidenten.

² Wählbar ist, wer in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt ist.

§ 81¹³⁶**c. Gewerbegericht und Handelsgericht**¹³⁷**§ 82**¹³⁸ Vorbehalt der Gesetzgebung

Der Gesetzgebung bleibt überlassen, für gewerbliche Streitsachen ein oder mehrere gewerbliche Schiedsgerichte und für kommerzielle Rechtsfälle ein Handelsgericht aufzustellen und dessen Wahlart, Zusammensetzung und Kompetenz zu bestimmen.

¹³³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹³⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹³⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹³⁶ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 4. Jan. 1891 (GS **VII** 151 167). Gewährleistungsbeschluss vom 12. Juni 1891 (AS **12** 127; BB1 **1891** I 987).

¹³⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹³⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 4. Jan. 1891, in Kraft seit 4. Febr. 1891 (GS **VII** 151 167). Gewährleistungsbeschluss vom 12. Juni 1891 (AS **12** 127; BB1 **1891** I 987).

d. Amtsgerichte¹³⁹**§ 83**¹⁴⁰ Bestand, Wahl und Wählbarkeit

¹ In jedem Amtsgerichtskreis besteht ein Amtsgericht.

² Die Stimmberechtigten des Amtsgerichtskreises wählen die Mitglieder und Ersatzleute des Amtsgerichts und aus den Mitgliedern den Amtsgerichtspräsidenten.

³ Wählbar ist, wer in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt ist.

§ 84¹⁴¹ Aufgaben und Befugnisse

Die Amtsgerichte und ihre Einzelrichter besorgen die Aufgaben der Zivil- und Strafrechtspflege, die das Gesetz ihnen zuweist.

e. Friedensrichter¹⁴²**§ 85**¹⁴³ Wahl, Zuständigkeit, Wählbarkeit, Unvereinbarkeit

¹ Die Stimmberechtigten jedes Friedensrichterkreises wählen einen Friedensrichter.

² Wählbar ist, wer in einer Einwohnergemeinde des Friedensrichterkreises stimmberechtigt ist.

³ Dem Friedensrichter obliegen die Vermittlung von Streitsachen und andere Aufgaben der Zivil- und Strafrechtspflege, die das Gesetz ihm zuweist.

⁴ Der Friedensrichter kann dem Amtsgericht seines Amtsgerichtskreises nicht angehören.

¹³⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁴⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁴¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁴² Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁴³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBl 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

f. Vorbehalt abweichender Gesetzgebung¹⁴⁴

§ 86 Grundsatz

Mit Bezeichnung auf die §§ 73 bis und mit 85 bleibt der Gesetzgebung vorbehalten, die Organisation der gesamten bürgerlichen und Strafrechtspflege abweichend festzusetzen und demnach Bestand, Wahlart und Befugnisse der erforderlichen Gerichtsbehörden und Beamten zu bestimmen.

g. Verwaltungsgericht¹⁴⁵

§ 86^{bis} 146 Zuständigkeit, Geschäftsordnung

¹ Das Verwaltungsgericht beurteilt als letzte oder einzige kantonale Instanz die Verwaltungsstreitsachen, die das Gesetz ihm zuweist; es führt die Aufsicht über die untern verwaltungsgerichtlichen Behörden.

² Das Verwaltungsgericht gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Grossen Rates bedarf.

³ Über den Geschäftsgang im Bereiche seiner Zuständigkeit und Aufsicht erstattet das Verwaltungsgericht dem Grossen Rat nach § 54 Absatz 2 Bericht.

V. Gemeinden

§ 87¹⁴⁷ Rechtsstellung der Gemeinden

¹ Die Gemeinden sind von der Verfassung und der Gesetzgebung anerkannte öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften. Sie haben im Rahmen des kantonalen Rechts auf ihrem Gemeindegebiet hoheitliche Rechtsetzungs- und Entscheidungsbefugnisse.

² Die Autonomie der Gemeinden ist gewährleistet. Ihr Umfang wird durch die kantonale und die eidgenössische Gesetzgebung bestimmt.

³ Die Gemeinden erfüllen die ihnen vom Kanton übertragenen Aufgaben in der gesetzlich vorgeschriebenen Quantität und Qualität. Sie können dieses Ziel allein, durch Zusammenarbeit oder durch Zusammenschluss mit anderen Gemeinden erreichen.

¹⁴⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁴⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁴⁶ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS 1976 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 1977 II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁴⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 23. Sept. 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 23. Sept. 2002 (BB1 2002 6595 Art. 1 Ziff. 1 3519).

⁴ Die Gesetzgebung regelt insbesondere:

- a. die Aufsicht des Kantons unter Respektierung des Gestaltungsfreiraums der Gemeinden,
- b. die aufsichtsrechtlichen Massnahmen gegen Gemeinden, die ihre Aufgaben nicht erfüllen.

§ 88¹⁴⁸ Gesellschaftliche und politische Funktion der Gemeinden

¹ Als direktdemokratische, politische Einheiten nehmen die Gemeinden die Bedürfnisse der Bevölkerung wahr und geben dieser die Möglichkeit zur direkten Mitgestaltung ihres engeren Lebensumfeldes.

² Als lokale politische Entscheidungszentren

- a. erfüllen die Gemeinden ihre eigenen und die ihnen vom Kanton übertragenen Aufgaben,
- b. gestalten sie im Rahmen ihrer Kompetenzen die wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen in der Gemeinde,
- c. vertreten sie ihre Interessen nach aussen.

§ 89¹⁴⁹ Zusammenarbeit zwischen Kanton und Einwohnergemeinden

¹ Die Gesetzgebung regelt die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden sowie die Organisation des Kantons nach folgenden Zielen und Grundsätzen:

Kanton und Einwohnergemeinden

- a. arbeiten partnerschaftlich zusammen, indem der Kanton die Gesamtverantwortung trägt und die Einwohnergemeinden die Verantwortung für ihre Entscheidungen und Handlungen übernehmen,
- b. übernehmen die öffentlichen Aufgaben nach dem Subsidiaritätsprinzip, wobei angestrebt wird, Kompetenz und Verantwortung für eine Aufgabe in der Regel in einer Hand zu vereinigen,
- c. koordinieren die Einnahmen- und Ausgabenteilung mit der Aufgabenteilung, wobei die nicht beeinflussbaren Unterschiede in der finanziellen Belastung und Leistungsfähigkeit der Gemeinden mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit auszugleichen sind.

² Der Kanton fördert die Entwicklung der Einwohnergemeinden mit dem Ziel, deren Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit zu steigern und die Gemeindeautonomie zu stärken. Er unterstützt die Zusammenarbeit unter den Einwohnergemeinden und fördert die Gebietsreform.

¹⁴⁸ Angenommen in der Volksabstimmung vom 23. Sept. 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 23. Sept. 2002 (BB1 2002 6595 Art. 1 Ziff. 1 3519).

¹⁴⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 23. Sept. 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 23. Sept. 2002 (BB1 2002 6595 Art. 1 Ziff. 1 3519).

§ 90 Bürgergemeinden

¹ Die Bürgergemeinden¹⁵⁰ umfassen alle in einer Gemeinde Heimatberechtigten ohne Rücksicht auf deren Wohnort. Sie sind Genossenschaften, denen das Eigentum des Gemeindearmenfonds zusteht.

² Die nach § 88 stimmberechtigten Ortsbürger, welche in der Gemeinde wohnen, bilden die Ortsbürgerversammlung.

³ Zu denjenigen Gemeinden, wo ortsbürgerliche Steuern bezogen werden, sind bei den Wahlen eines allfälligen Ortsbürger- oder Armen- und Waisenrates, bei Steuerbeschlüssen und damit zusammenhängenden Rechnungsverhandlungen in der Ortsbürgerversammlung auch diejenigen Gemeindewohner stimmberechtigt, welche – ohne das Heimatrecht in der Gemeinde zu besitzen – nach Vorschrift der Gesetze zu ortsbürgerlichen Steuern beigezogen werden können.

⁴ Die Bürgergemeinden¹⁵¹ können mit Bewilligung des Grossen Rates für die Besorgung ihrer Angelegenheiten eigene Behörden aufstellen. Wo dieses nicht der Fall ist, bleibt dieselbe den politischen Gemeinderäten übertragen.

⁵ Wo die Bürgergemeinde eine eigene Behördenorganisation hat, wird der Bürgerrat alle vier Jahre gewählt. Das Gesetz regelt den Wahltermin und den Amtsantritt.¹⁵²

§ 91 Kirchgemeinden

¹ Die Kirchgemeinden sind die vom Staate anerkannten Körperschaften der Angehörigen einer Konfession.

² Die Stimmberechtigten der Kirchgemeinde bestellen im Jahre der ordentlichen Neuwahl des Grossen Rates einen Kirchenrat, dessen Mitgliederzahl durch das Gesetz bestimmt wird. Der Amtsantritt erfolgt auf den 1. August.

§ 92¹⁵³ Kirchenverfassungen

¹ Die stimmberechtigten Angehörigen einer Konfession können mit Genehmigung des Grossen Rates eine kantonale Kirchenverfassung beschliessen, die an Stelle der durch Staatsverfassung und Gesetz vorgesehenen Organisation tritt.

² Das Nähere regelt das Gesetz.

¹⁵⁰ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BB1 1970 II 1648 1353).

¹⁵¹ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BB1 1970 II 1648 1353).

¹⁵² Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994. Gewährleistungsbeschluss vom 14. März 1996 (BB1 1996 I 1357, 1995 III 1413).

¹⁵³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 7. Dez. 1958, in Kraft seit 1. Jan. 1959 (GS XV 440). Gewährleistungsbeschluss vom 20. März 1959 (BB1 1959 I 570 353).

§ 93 Korporationsgemeinden

¹ Wo in einer Gemeinde Korporationsgut vorhanden ist, bilden die Anteilhaber an demselben eine Korporationsgemeinde. Die stimmberechtigten Korporationsbürger¹⁵⁴ wählen die Korporationsverwaltung und geben sich unter Vorbehalt der Ratifikation durch den Regierungsrat ihr Reglement.

² Die Korporationsgüterverwaltungen bestehen in der Regel aus drei Mitgliedern.

³ Die Neuwahl des Korporationsrates erfolgt alle vier Jahre. Das Gesetz regelt den Wahltermin und den Amtsantritt.¹⁵⁵

§ 94¹⁵⁶

§ 94^{bis 157} Änderung der Gemeindeeinteilung

¹ Der Gesetzgebung stehen die Bildung neuer sowie die Auflösung und Vereinigung bestehender Einwohner-, Bürger-¹⁵⁸ und Korporationsgemeinden zu.

² Die Neuumschreibung bestehender und die Errichtung neuer Kirchgemeinden aller Konfessionen obliegen dem Grossen Rat.¹⁵⁹

VI. Wahlvorschriften¹⁶⁰

§ 95¹⁶¹ Volkswahlen

¹ Die Volkswahlen werden in geheimer Abstimmung an der Urne vollzogen, soweit nicht das Gesetz für Gemeindewahlen die offene Wahl durch die Gemeindeversammlung zulässt.

¹⁵⁴ Ausdruck angenommen in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970, in Kraft seit 1. Sept. 1970. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBI **1970** II 1648 1353).

¹⁵⁵ Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994. Gewährleistungsbeschluss vom 14. März 1996 (BBI **1996** I 1357, **1995** III 1413).

¹⁵⁶ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 23. Sept. 2001. Gewährleistungsbeschluss vom 23. Sept. 2002 (BBI **2002** 6595 Art. 1 Ziff. 1 3519).

¹⁵⁷ Angenommen in der Volksabstimmung vom 11. Jan. 1925, in Kraft seit 4. März 1925 (GS **X** 548 552). Gewährleistungsbeschluss vom 1. April 1925 (AS **41** 234; BBI **1925** I 798).

¹⁵⁸ Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BBI **1970** II 1648 1353).

¹⁵⁹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBI **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁶⁰ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BBI **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁶¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 7. Dez. 1958, in Kraft seit 1. Jan. 1959 (GS **XV** 440). Gewährleistungsbeschluss vom 20. März 1959 (BBI **1959** I 570 353).

² Im ersten Wahlgang des Urnenverfahrens entscheidet die absolute Mehrheit der gültig Stimmenden, im zweiten Wahlgang die höhere Stimmzahl (relatives Mehr) und bei Stimmgleichheit das Los.

³ Das Gesetz kann anstelle des Urnenverfahrens die stille Wahl gestatten nach folgenden Grundsätzen: Die Stimmberechtigten des Wahlkreises können bei der zuständigen Behörde Wahlvorschläge einreichen; wenn auf allen gültigen Wahlvorschlägen nicht mehr wählbare Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu besetzen sind, so gelten die Vorgeschlagenen ohne Urnenabstimmung als gewählt.

⁴ Die Einwohner- und Bürgergemeinden¹⁶² sind berechtigt, in der vom Gesetz bestimmten Form für die Wahl der Gemeinderäte, der Gemeindeausschüsse und der in einer Sonderorganisation vorgesehenen Vertretung der Bürgerschaft (Grosser Gemeinderat) das Verhältniswahlverfahren einzuführen oder aufzuheben.

⁵ Im übrigen ist das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen durch das Gesetz zu regeln.

§ 96¹⁶³ Berücksichtigung der politischen Minderheiten

Bei der Bestellung des Regierungsrates, des Erziehungsrates, der Gerichte und der Kommissionen des Grossen Rates ist auf die Vertretung der politischen Parteien angemessen Rücksicht zu nehmen, ebenso bei der Bestellung der Gemeinderäte und der Gemeindeausschüsse der Einwohner- und Bürgergemeinden, in denen diese Behörden nicht nach dem Verhältniswahlverfahren gewählt werden.

§ 96a¹⁶⁴

¹ Die nächsten Neuwahlen der Gemeindebehörden (Gemeinderat, Bürgerrat und Korporationsrat), der Gemeindeparlamente (Grosser Stadtrat, Einwohnerrat und Bürgerrat) sowie der Betreibungsbeamten und ihrer Stellvertreter finden 1996 statt.

² Die nächsten Neuwahlen der vom Volk zu wählenden richterlichen Behörden (Amtsgerichte, Amtstatthalter und ihrer Stellvertreter, Konkursbeamte, Grundbuchverwalter und Friedensrichter) und der Schulpflegen finden 1997, die übernächsten im Jahr 2000 statt.

³ Für die Behörden gemäss Absatz 1 wird die 1991 begonnene Amtsdauer bis 1996 verlängert. Für die Behörden gemäss Absatz 2 endet die 1997 beginnende Amtsdauer im Jahr 2000.

¹⁶² Dieses Wort wurde in der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970 angenommen und trat am 1. Sept. 1970 in Kraft. Gewährleistungsbeschluss vom 17. Dez. 1970 (BB1 **1970** II 1648 1353).

¹⁶³ Angenommen in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976, in Kraft seit 1. Jan. 1977 (GS **1976** 239). Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁶⁴ Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994. Gewährleistungsbeschluss vom 14. März 1996 (BB1 **1996** I 1357, **1995** III 1413).

§ 97¹⁶⁵

§§ 98–100¹⁶⁶

Übergangsbestimmungen

I. Alle gesetzlichen Bestimmungen, welche mit gegenwärtiger Verfassung nicht im Einklang stehen, treten anmit ausser Kraft.

II. Der gegenwärtig bestehenden Erziehungsrat bleibt bis zum Ablauf seiner Amtsdauer im Jahr 1875 in seinen bisherigen Funktionen.

¹⁶⁵ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 5. Dez. 1976 (GS **1976** 239).
Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977 (BB1 **1977** II 1037 Art. 1 Ziff. 1 224).

¹⁶⁶ Aufgehoben in der Volksabstimmung vom 22. Aug. 1948 (GS **XIV** 34 36).
Gewährleistungsbeschluss vom 21. Dez. 1948 (AS **1948** 1124; BB1 **1948** III 1147).

Sachregister

Die Zahlen verweisen auf die Paragraphen und Paragrafenteile der Verfassung

Abstimmung s. Volksabstimmung

Alter

- als Voraussetzung zur Stimmberechtigung 26

Amt

- Einteilung des Kantons in Ämter 23
- Amtsdauer
 - Regierungsrat 64
 - Schultheiss und Statthalter 67^{quinquies}2
 - Obergerichtspräsident 76
- Amtsgerichte s. Gerichte
- Amtszwang bei Volkswahl 13
- Wählbarkeit in Ämter s. Wählbarkeit

Anleihen Kompetenz des Grossen Rates 52

Anregung

- allgemeine
 - bei Gesetzesinitiative 41^{bis}
 - bei Volksinitiative zur Partialrevision der Verfassung 35^{bis}

Aufsicht

- (Oberaufsicht, Überwachung)
 - des Grossen Rates
 - Staatsverwaltung, Regierungsrat, Obergericht 54
 - des Regierungsrates
 - Verwaltung 68^{ter}
 - des Obergerichtes
 - Rechtspflege 73

Ausgaben

- Finanzreferendum, fakultatives 39, 39^{bis}
- Kompetenz des Grossen Rates 52

Beamte

- Wählbarkeit, Allgemeines 4
- Amtszwang 13
- Annahme von Orden, Titeln usw. 15

Begnädigung Kompetenz des Grossen Rates 55

Behörden

- Amtszwang 13
- Verantwortlichkeit 16
- Verwandtschaft zwischen Mitgliedern derselben Behörde 17
- Staatsbehörden
 - Volk 30
 - Grosser Rat 46–61
 - Regierungsrat 63–67^{quinquies}
 - Gerichtsbehörden 73–86^{bis}
 - ortsbürgerliche Behörden 90

Bericht

- Rechenschaftsbericht des Regierungsrates
 - Prüfung durch den Grossen Rat 54
- des Obergerichtes
 - Aufstellung 73
 - Prüfung durch den Grossen Rat 54

Beschlüsse

- Allgemeines s. Gesetze

Bezirke

- Einteilung des Kantons in Gerichtsbezirke 23
- Bezirksgericht s. Gerichte (Amtsgerichte)

Budget s. Voranschlag

Bund

- Bundesverfassungsrevision, Standesstimme 37
- Begehren um Einberufung der Bundesversammlung 38,
- Begehren um Volksabstimmung über Bundesgesetze 38,
- Vorschlagsrecht (Standesinitiative) 38
- Bundesglied der schweizerischen Eidgenossenschaft 1
- Höchstzahl
 - der Mitglieder des Regierungsrates in der Bundesversammlung 65
 - der Mitglieder des Obergerichtes in der Bundesversammlung 75

Bürger

- unmittelbare Ausübung der Souveränitätsrechte 30
- Gleichheit vor dem Gesetze 4
- Stimmrecht 25–29
- Niederlassung
 - Niederlassungsfreiheit 21
 - als Voraussetzung zur Stimmberechtigung 27
- Schweizer Bürger
 - Niederlassungsfreiheit 21
 - Erteilung des Kantonsbürgerrechtes 22
- Bürgerrecht
 - kommunales 21
 - kantonales 22
- Ortsbürger
 - Bürgergemeinde s. Gemeinden
 - Ortsbürgerrecht 22

Delegationsverbot der Grossratsangelegenheiten 56

Departemente (Direktionen) des Regierungsrates 68

Eigentum Garantie 9**Einwohnergemeinde** s. Gemeinde**Enteignung** 9**Entschädigung**

- bei Zwangsabtretung 9
- bei ungesetzlicher Verhaftung 5

Entwurf ausgearbeiteter

- bei Gesetzesinitiative 41^{bis}
- bei Volksinitiative zur Partialrevision der Verfassung 35^{bis}

Erziehung

- Allgemeines s. Schulwesen

Expropriation 9**Finanzhaushalt.** Ausgleich 52^{bis}**Finanzreferendum**

- fakultatives 39, 40, 41
- obligatorisches 39^{bis c}

Freiheit s. verfassungsmässige Rechte**Friedensrichter** s. Richter**Gebietskörperschaften** 87**Gemeinden**

- Allgemeines 87–94^{bis}
- Bürgergemeinde 90, 94^{bis}
- Eigentumsgarantie 9
- Einteilung des Kantons 23
- Einwohnergemeinde (polit. Gem.) 89
- Funktion in Gesellschaft und Politik 88
- Gemeindebeamte s. Beamte
- Gemeindebürgerrecht, Erwerb 21
- Kirchgemeinde 91
- Korporationsgemeinde 93
- Petitionsrecht 7
- Rechtsstellung 87
- Wahl der Volksschullehrer 3
- Zusammenarbeit 89

Gerichte

- Allgemeines 73–86^{bis}
- Unvereinbarkeit 17
- Obergericht
 - Wahl 73
 - Wählbarkeit, Amtsdauer, Ersatzwahl 74, 76
 - Unvereinbarkeiten 75
 - Obergerichtspräsident 76
 - Geschäftsordnung 77
 - Verhandlungen 78
 - Rechenschaftsbericht 73
- Kriminalgericht
 - Aufgaben 79
 - Wählbarkeit, Wahl 80
- Schiedsgericht, Handelsgericht 82
- Amtsgericht 83, 84
- Friedensrichter 85
- Verwaltungsgericht 86^{bis}

Gesamterneuerung

- des Grossen Rates 45
- des Regierungsrates 64

Gesetze

- Gleichheit vor dem Gesetz 4
- Gesetzesinitiative 41^{bis}
- Referendum, fakultatives 39
- Rechtskraft 41
- Beratung durch den Grossen Rat 48
- Erlass 47
- Vollziehung 63

Gewaltentrennung Allgemeines 18**Gewerbefreiheit** 10**Glaubens- und Gewissensfreiheit** 2**Gleichheit** vor dem Gesetze 4**Grosser Rat**

- Allgemeines 45–61
- Wahl 43
- Abberufung durch das Volk 44
- Kompetenzen und Obliegenheiten bei Verfassungsrevision 32, 35^{bis}, 36
- eidgenössisches Referendum, Vorschlagsrecht, Kompetenzen 38
- Kompetenz bei fakultativem Referendum 39–41
- Planungsbeschlüsse 53
- Organisation 57
- Konstituierung 58
- Einzelinitiative 60
- Wahlen
 - Schultheiss und Statthalter 67^{quinquies}
 - Genehmigung der Kirchenverfassung 92

Handels- und Gewerbefreiheit 10**Hauptort** des Kantons 24**Hausrecht** Hausdurchsuchungen 5**Initiative** (Vorschlagsrecht)

- Volksinitiative
 - Verfassungsrevision
 - Totalrevision 32
 - Partialrevision 35^{bis}
 - Gesetzesinitiative 41^{bis}
 - zur Abberufung des Grossen Rates 44
 - Standesinitiative 38
- des Grossen Rates
 - Verfassungsrevision 36
- des Regierungsrates
 - Gesetzesinitiative 67^{bis}

Kanton

- Einteilung in Ämter, Bezirke, Kreise und Gemeinden 23
- Hauptort 24

Kantonsbürgerrecht, Erwerb 22**Kirchen**

- Kirchgemeinden 28, 91

- Kirchenrat 91
- Kirchenverfassung 92
- Kulturfreiheit 2
- Konkordate** 39, 50, 67^{quater}2
- Korporationen**
 - Petitionsrecht 7
 - Eigentumsgarantie 9
 - Korporationsgemeinde 28, 93, 94^{bis}
 - Korporationsgüterverwaltung 93
- Kriminalgericht** s. Gerichte
- Kulturfreiheit** 2
- Legislaturperiode** 58
- Lehrer**
 - Allgemeines s. Schulwesen
 - Wahl 3
- Mehrheit**
 - absolute der Stimmenden
 - Allgemeines 95
 - bei Verfassungsrevision 31, 36
 - bei fakultativem Referendum 39, 40
 - Verfahren, Berechnung 42
 - relative 95
- Meinungsausserung** freie 6
- Militär**
 - allgemeine Wehrpflicht 19
- Niederlassung**
 - Niederlassungsfreiheit 21
 - als Voraussetzung zur kantonalen Stimm-berechtigung 26, 27
- Oberaufsicht** s. Aufsicht
- Obergericht** s. Gerichte
- Öffentlichkeit**
 - der Grossratssitzungen 59
 - der Gerichtsverhandlungen 78
- Orden** Annahme 15
- Ortsbürger** s. Bürger
- Parteien** politische, Berücksichtigung bei Bestellung von Ämtern 96
- Personal** im öffentlichen Dienst
 - Verantwortlichkeit 16
- persönliche** Freiheit 5
- Petitionsrecht** 7
- politische Gemeinde** s. Gemeinden
- politische Rechte** s. Rechte
- Pressefreiheit** 6
- Proportionalwahl**
 - des Grossen Rates 43
 - der Gemeinderäte 95
- Rechenschaftsbericht** s. Bericht

Rechte

- politische
 - Stimmrecht
 - allgemeines 25
 - kantonales 26, 27
 - kommunales 26
 - Vorschlagsrecht s. Initiative
 - Wählbarkeit 4, 46, 64, 74, 80, 85
 - Wahl des Grossen Rates 43
 - Wahl der Ständeräte 44^{bis}
 - Wahl des Regierungsrates 64
- verfassungsmässige
 - Rechtsgleichheit 4
 - Glaubens- und Gewissensfreiheit 2
 - persönliche Freiheit 5
 - Hausrecht 5
 - Recht auf ordentlichen Richter 5
 - freie Meinungsäusserung 6
 - Pressefreiheit 6
 - Petitionsrecht 7
 - Vereinsrecht 8
 - Eigentumsgarantie 9
 - Handels- und Gewerbefreiheit 10
 - Rechtsbeistand 20
 - Niederlassungsfreiheit 21
 - Gewaltentrennung 18
 - Gemeindeautonomie 87
- Rechtspflege**
 - Verhaftung, Hausdurchsuchungen 5
 - Recht auf ordentlichen Richter 5
 - Missbrauch der Pressefreiheit 6
 - Zwangsabtretung 9
 - Gewaltentrennung 18
 - Rechtsbeistand 20
 - Schiedsgerichte 20, 82
 - Kompetenzstreitigkeiten 18
 - Oberaufsicht des Obergerichtes 73
- Referendum**
 - Referendum = Volksabstimmung
 - über Bundesangelegenheiten, Standes-stimme = Ergebnis der Volksab-stimmung 37
 - über kantonale Angelegenheiten
 - Allgemeines s. Volksabstimmung
 - fakultatives 39
 - Referendumsbegehren
 - gegen Bundesgesetze und Bundes-beschlüsse 38
 - gegen kantonale Gesetze und Beschlüsse 39, 39
 - Finanzreferendum
 - fakultatives 39, 39^{bis}a, b
 - obligatorisches 39^{bis}c
- Regierungsrat**
 - Allgemeines 63–67^{quinquies}
 - Wahl 64
 - Unvereinbarkeiten 17, 65
 - Höchstzahl der Mitglieder in der Bundes-versammlung 65

- Verbot der Verfechtung von Rechtsachen 20
- Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses bei fakultativem Referendum 40
- Anwesenheit, Antragsrecht an Grossrats-sitzungen 61
- Zahl der Mitglieder 63²
- Rechtsetzung 67^{bis}
- Leitung der Verwaltung 67^{ter}
- Organisation und Verfahren 67^{quinquies}

Revision

- der Kantonsverfassung
 - Allgemeines 31–36
 - Totalrevision 32, 33, 34^{ter}
 - Partialrevision 35^{bis}, 36
- der Bundesverfassung, Ständesstimme 37
- der Gesetze 41^{bis}

Richter

- Allgemeines s. Gerichte
- Recht auf ordentlichen Richter 5
- Friedensrichter
 - Allgemeines 85
 - Einteilung des Kantons in Friedensrichterkreise 23

Schiedsgerichte 20, 82**Schultheiss** 67^{quinquies}**Schulwesen** (Unterrichtswesen)

- Allgemeines 3

Schweizer Bürger s. Bürger**Staat**

- Staatsbehörden s. Behörden
- Staatsrechnung
 - Genehmigung durch den Grossen Rat 52
- Staatsverwaltung
 - Oberaufsicht des Grossen Rates 54

Ständeräte Wahl 44^{bis}**Steuern**

- Allgemeines 11
- Kompetenz des Grossen Rates 52
- ortsbürgerliche Steuern 90

Stimmfähigkeit

- Ausschluss 26

Stimmrecht

- Stimmberechtigung
 - allgemeine 25–29
 - Bürgergemeinde 28
 - Einwohnergemeinde 28
 - Kirchgemeinde 28
 - Korporationsgemeinde 28
- Stimmregister 29

Unterrichtswesen 3**Unvereinbarkeit**

- Regierungsrat und Grosser Rat 65

- Obergericht und verschiedene Behörden 75
- Friedensrichter und Bezirksgerichts-präsident 85

Verantwortlichkeit der Behörden und des Personals im öffentlichen Dienst 16

Vereinsrecht 8**Verfassung**

- Verfassungsrevision s. Revision
- verfassungsmässige Rechte s. Rechte

Verordnungsrecht 49**Verhaftung**

- Allgemeines 5
- wegen Pressevergehen 6

Verhältnismwahl

- des Grossen Rates 43
- der Gemeinderäte 95

Verträge s. Konkordate**Verwaltung**

- Allgemeines 63–68^{quater}
- Staatsverwaltung
 - Oberaufsicht des Grossen Rates 54
 - Leitung durch den Regierungsrat 67^{ter}
- Verwaltungsrekursentscheide des Regierungsrates 67^{quater}
- Departemente 68
- Weitere Verwaltungsorgane 68^{ter}
- Organisation und Verfahren 68^{quater}
- Verwaltungsgericht 86^{bis}

Verwaltungsvereinbarungen 67^{quater}2**Verwandtschaft**

- zwischen Mitgliedern der selben Behörde 17

Volk

- Gesamtheit 1, 30
- Volksabstimmung
 - Verfahren 42
 - über Vornahme einer Verfassungsrevision 31
 - über Volksinitiativen auf Verfassungsrevision 32
 - über den Entwurf einer neuen Verfassung 34^{ter}
 - über Grossratsinitiativen auf Verfassungsrevision 36
 - über Bundesverfassungsrevision 37
 - fakultatives Referendum 39, 40
 - obligatorisches Referendum 39^{bis}c
 - über Abberufung des Grossen Rates 44
- Volksbegehren s. Initiative
- Volkswahlen s. Wahlen

Vollziehung

- der Gesetze und Beschlüsse 63, 67^{bis}2

Voranschlag (Budget)

- Festsetzung durch den Grossen Rat 52

Vorschlagsrecht s. Initiative**Wählbarkeit**

- Allgemeines 4, 25
- Grosser Rat 46
- Regierungsrat 64
- Obergericht 74
- Kriminalgericht 80
- Amtsgericht 83
- Friedensrichter 85

Wahlen

- Volkswahlen
 - Grosser Rat 43
 - Ständeräte 44^{bis}
 - Regierungsrat 64
 - Gemeinderat 89
 - Amtsgericht 83

- Wahlen durch den Grossen Rat
 - Allgemeines 51
 - Schultheiss und Statthalter 67^{quinquies}2
 - Obergericht 74
 - Obergerichtspräsident 76
 - Kriminalgericht 80
- Wahlkreise
 - für Grossratswahlen 43
 - für die Wahl der Friedensrichter 23, 85
- Wahltermine 43^{2und3}, 89⁴, 90⁵, 93³, 96^a

Wehrpflicht allgemeine 19**Zehnten** und Grundzinsen, Loskäuflichkeit
12**Zwangsabtretung** 9